Begrenzung der Stromkosten muss weiter höchste Priorität haben - Zuschuss zu den Übertragungsnetzentgelten nicht zurückdrehen!

Wettbewerbsfähige Strompreise sind ein Schlüsselfaktor für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Gerade jetzt, wo die Nahost-Krise die Energiemärkte weiter unter Druck setzt und die Strompreise weiter in die Höhe treibt, muss die Begrenzung der Stromkosten weiter höchste politische Priorität haben. Denn nach wie vor ist das Strompreisniveau in Deutschland zu hoch - weit höher als in anderen Ländern wie den USA und China, aber auch im innereuropäischen Vergleich.

Die Senkung der Übertragungsnetzentgelte zu Beginn des Jahres ist dazu ein fundamental wichtiger Beitrag. Durch den Haushaltszuschuss in Höhe von 6,5 Milliarden Euro ist es erfolgreich gelungen, die Netzentgelte nach einem massiven Anstieg wieder auf das Niveau von 2023 zu senken – und damit auch die Stromkosten insgesamt. Dabei ist klar: Dieser Zuschuss bleibt auch in Zukunft wichtig, denn die Übertragungsnetzkosten werden in den kommenden Jahren auf einem hohen Niveau verbleiben beziehungsweise weiter ansteigen.

Die nun vorgesehene Absenkung dieses Zuschusses um 1 Milliarde Euro würde diese wichtige Entlastung für Unternehmen in Industrie und Gewerbe wie auch private Verbraucher teilweise zurückdrehen - und das Ziel international wettbewerbsfähiger Strompreise und Anreize für Elektrifizierung wieder in die Ferne rücken! Die Folge wäre ein erneuter Anstieg der Netzentgelte – und auch ein fatales Signal, das Planungssicherheit und Vertrauen der Unternehmen in den Standort untergräbt.

Wir appellieren daher an den Bundestag, den jährlichen Zuschuss nicht zu kürzen, sondern – so, wie es die Bundesregierung im vergangenen Jahr beschlossen und angekündigt hat - auch in den kommenden Jahren in voller Höhe von 6,5 Milliarden Euro fortzuführen.